Mittwoch, 1. September 1926 · 74. Jahrgang Nr. 411

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 50 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattungdes entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig, für kleine Anzeigen: eine Wort 20 Pfennig; Das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46–49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 940 bis 949; für den Fernverkehr Nr. 4297 bis 4299. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto: Nr. 234, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmten Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67–68, Wiener Strasse 1–5, Frankfurter Allee 36, Frankfurter Allee 146, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstrasse 8.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung
Sport-Zeitung
Film-Zeitung
Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung
Witzblatt „ULK"
7 BERLIN UNSICHER

Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Strasse 79, Fennstr. 1, Müllerstrasse 135, Invalidenstrasse 61, Königstrasse 56–57, Rosenthaler Strasse 65, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 53, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 50, Büchenstr. 60, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 5, Kantstr. 34, Scharrenstr. 89, Nürnberger Str. 35–36, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hermannplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 341; Lichterfelde-West: Carlstr. 1–2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93–94, Kaiser-Friedrich-Str. 247–48; Pankow: Borkholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3, Schöneberg: Hauptstr. 23–24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 13; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Uhlandstr. 36, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 31–32; Göpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 23, Potsdam: Brandenburgerstr. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der Kampf um den Bergbaufrieden

Differenzen im englischen Bergarbeiterverband — Die Sondertagung des Unterhauses beendet
MacDonald gegen die Regierung

London, 31. August.

Der amtliche englische Funkdienst meldet: Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter beschloß heute mit geringer Mehrheit, für die Delegiertenkonferenz keine Friedensvorschläge zu formulieren, sondern die Formulierung derartiger Vorschläge ganz in das Belieben der Delegiertenkonferenz zu stellen.

Der heutige Beschluß soll entgegen dem Rat der parlamentarischen Arbeiterpartei gefaßt worden sein.

*

Innerhalb des Bergarbeiterverbandes finden im Augenblick heftige Kämpfe statt. Der Führer der Versöhnungspartei ist jetzt sonderbarerweise Cook, der alles daran setzen will, um zu Verhandlungen mit den Unternehmern zu kommen und um eine Regelung zustande zu bringen, bevor die Bergarbeiter gänzlich abgekämpft sind. Auf diese Partei hat auch die Eingabe des Bergarbeiterverbandes von Nottinghamshire, der die Zentralleitung um die Erlaubnis bittet, ernstliche Vereinbarungen mit den Unternehmern anzubahnen, tiefen Eindruck gemacht. Ein solches Vorgehen droht, falls es Nachahmung findet, die ganze nationale Organisation zu zerdrücken. Andererseits aber finden die Unversöhnlichen des Bergarbeiterverbandes, daß die Unternehmer jetzt nur Bedingungen annehmen werden, die einer völligen Niederlage der Bergarbeiter gleichkommen.

Die Debatte im Unterhaus

London, 31. August.

Die heutige, ausnahmsweise schon am Vormittag beginnende Unterhausdebatte brachte bis zu den Mittagstunden keine Ueberraschung. Die Vorlage der Regierung, daß das Parlament sich heute nachmittag bis zum 9. November vertagen solle, wurde gegen den Widerspruch der Arbeiterpartei angenommen. Wie **Churchill** jedoch berichtete, behält sich die Regierung das Recht vor, das Parlament jederzeit wieder einzuberufen, falls es für notwendig erachtet wird. Der Wortführer in der eigentlichen Kohlendebatte war MacDonald, der bei aller Schärfe des Angreifens jedoch stets ruhig und maßvoll blieb. **MacDonald** beschuldigte die Regierung, daß sie sich immer hinter die Unternehmer stelle. Wenn die Unternehmer es verlangten, so habe die Regierung gehandelt, wie zum Beispiel bei der Einbringung des Achtstundentaggesetzes. Wenn die Unternehmer dagegen verlangten, daß die Regierung nichts tue, dann habe die Regierung nichts getan, wie in der Frage der Bergwerksgerechtsame. Völlig unwürdig sei die Botschaft, die Baldwin an die amerikanische Presse gerichtet habe. Aber die Nachwahlen zeigten, daß das Land dieser Regierung allmählich müde sei. Jeder Kenner der Kohlenfrage bestätige, daß der eigentliche Grund der allgemeinen Kohlenkrise in der Ueberproduktion der Welt bestehe.

Der englische Unternehmer aber glaube, alle Uebel mit dem Achtstundentag heilen zu können.

Zu der Frage der Bezirksarbeitsregelung bemerkte MacDonald, daß nur eine ganz England umfassende Regelung zu einem dauernden Frieden führen könne. Im übrigen hätten beide Parteien dem Parlament jetzt ihren Standpunkt klargelegt. Warum greife die Regierung nicht ein und versuche Verhandlungen zustande zu bringen? Die Lohnfrage stehe ja offen, warum also nicht mit ihr beginnen und von da zu den übrigen Schwierigkeiten übergehen?

Hierauf antwortete der Arbeitsminister **Steel Maitland.** Er bestritt, daß die Arbeiter auch nur um ein Jota von ihrem ursprünglichen Standpunkt abgewichen seien. Sie seien vielmehr heute unversöhnlicher denn je. Eine Vermittlung der Regierung sei aber unmöglich, sofern nicht irgendwelche Anzeichen vorhanden seien, die einen Erfolg versprächen. Wenn neue wirklich greifbare Vorschläge gemacht würden, so könne die Haltung der Regierung sich ändern. Steel Maitland bemerkte sodann noch, **daß ohne den Kohlenstreik heute 600 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der anderen Industrien mehr beschäftigt sein würden als heute.**

Im weiteren Verlauf der Unterhausdebatte führte **Churchill** aus, daß die Gewährung von Subsidien an die Kohlenindustrie unter keiner Bedingung mehr in Frage komme. Was eine, das ganze Land umfassende Arbeitsregelung betreffe, so sei er der Ansicht, daß sich hier ein Ausgleich finden lasse; dagegen scheine man sich in der Arbeitsstundenfrage vollkommen festgefahren zu haben. Die Arbeiterschaft sollte nicht fürchten, daß die Regierung sich nicht um die Reorganisation der Kohlenindustrie kümmern werde. Das Gegenteil sei der Fall. Sodann machte Churchill die bemerkenswerte Feststellung:

Wenn die Regierung von beiden oder auch nur von einer Partei ernstlich aufgefordert wird, unabhängige Vorschläge zu machen, so wird sie dies ernsthaft in Erwägung ziehen.

Außerdem sprach noch **Lloyd George,** der bemerkte, seine persönliche Erfahrung lehre ihn, wie schwer es sei, auf der Grundlage einer reinen Niederlage einen wirklichen Frieden abzuschließen. Was man jetzt tun müsse, sei, verhandeln. Um 5 Uhr ging das Unterhaus wieder in Ferien.

Schnelldienst

Nach einer Reuter-Meldung aus japanischer Quelle soll der chinesische Marschall Wupeifu im Kampfe gegen die Rote Armee verwundet worden sein.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist für den Durchschnitt des Monats August mit 142,5 gegen 142,4 im Vormonat nahezu unverändert geblieben.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei tritt heute in Berlin zusammen, um den Parteitag der Deutschen Volkspartei, der vom 1. bis 3. Oktober in Köln stattfindet, vorzubereiten.

Der italienische Ministerrat beschloß die Aufhebung der Sondersteuer für Hotel- und Pensionsrechnungen.

Der englische Außenminister Chamberlain ist gestern nachmittag in Paris angekommen und um 8 Uhr abends nach Genf weitergereist.

Der russische Stratosphärenflieger Gromow, der gestern nacht in Moskau startete und mittags Berlin verließ, ist gestern abend 7 Uhr 10 Minuten im Pariser Flughafen Le Bourget glatt gelandet.

Zum Laufe dieses Sommers sind im westfälischen Gouvernement Tomsk durch Waldbrand mehr als 40 000 Hektar Wald vernichtet worden.

Nachdem die Moskauer Regierung es abgelehnt hat, den Botschafter Karachan abzuberufen, hat die chinesische Regierung beschlossen, dem Sowjetbotschafter seine Pässe zuzustellen.

Der Danziger Sanierungskampf

Die unsachliche Opposition der Rechten

Die Freie Stadt Danzig erlebt gegenwärtig eine Periode schwerer innerpolitischer Kämpfe, die ihren Ausgangspunkt in der schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage des kleinen Staatswesens haben. Bereits im Sommer vorigen Jahres stellte es sich heraus, daß der Ausgabenetat Danzigs die Tragfähigkeit der durch Deflation und Stabilisierungskrise geschwächten Wirtschaft weit überstieg, und es war insbesondere der äußerst kostspielige Beamtenapparat, der mit seinem Aufwand von 46 Millionen Danziger Gulden innerhalb eines Gesamtetats von 117 Millionen die schärfste Kritik herausforderte. So kam es zur Ablehnung der besonders aufgeblähten Etats der Polizei- und Zollverwaltung durch die Mehrheit des Volkstages, zum Sturz der Rechtsregierung und Bildung einer Koalition der Mitte aus Zentrum, Liberalen und Sozialdemokraten.

Die neue Regierung ging mit scharfen Sparmaßnahmen vor und reduzierte sämtliche Etats um 25 Prozent, doch war ihrer Arbeit insofern der Erfolg versagt, als ein neuer Umstand Danzigs Finanzen ernstlich bedrohte. Einer der wichtigsten Einnahmeposten im Etat der Freien Stadt wird durch den Anteil von 7,8 Prozent an den polnischen Zolleinnahmen dargestellt, der im Etat 1926 mit 16 Millionen Gulden eingesetzt war. Die scharfe Einfuhrdrosselung, zu der sich die polnische Regierung genötigt sah, führte jedoch im Verein mit dem rapiden Zlotnsturz zu einem so erheblichen Ausfall für Danzig, daß der Etat bedenklich ins Wanken geriet. Hinzu kam schließlich die starke Belastung durch die Kosten der Erwerbslosenfürsorge, die zeitweilig den Betrag von 1 Million Gulden monatlich verschlang.

Angesichts dieser Situation wandte sich der Danziger Senat im Juni dieses Jahres an den Oberkommissar des Völkerbundes und ersuchte um Vermittlung des Völkerbundes, dessen Schutz die Freie Stadt unterstellt ist. Im Juli trafen zwei Finanzsachverständige des Völkerbundes in Danzig ein und unterrichteten sich sorgfältig über die wirtschaftliche und finanzielle Lage sowie über die Sorgen und Wünsche der einzelnen Berufskreise. Ihr Gutachten lag den Beratungen des Finanzkomitees des Völkerbundes zugrunde, das am 19. Juli in London zusammentrat und zu folgendem Ergebnis kam:

Danzig wurde empfohlen, seine Ausgaben, insbesondere seinen Beamtenapparat um etwa 10 Prozent einzuschränken, wodurch eine Ersparnis von etwa 4 Millionen erreicht werden könnte. Hinsichtlich der Einnahmen aus der Danzig-polnischen Zollgemeinschaft wurde für die nächsten zwei Jahre eine Beibehaltung des Zollverteilungsschlüssels von 7,8 Prozent, im übrigen der Abschluß einer Vereinbarung empfohlen, der Danzig eine bestimmte Summe, etwa 15 Millionen jährlich, garantiert. Der Oberkommissar van Hamel verbesserte diesen Vorschlag in der Richtung, daß Danzig ein Minimum von 14, ein Maximum von 20 Millionen zufließen sollte. Beide Maßnahmen zusammen würden das Budget der Freien Stadt ins Gleichgewicht bringen und das Finanzkomitee in die Lage setzen, gelegentlich der Septembertagung des Rates den Abschluß einer Anleihe zu empfehlen, die sowohl die Abdeckung gewisser kurzfristiger Schulden wie die Durchführung größerer werbender Anlagen (Hafenausbau) ermöglichen würde.

Mit diesem Ergebnis kam die Danziger Delegation Ende Juli nach Hause, und alsbald begannen die äußerst schwierigen Kämpfe um die Danziger Sanierung.

Die Genfer Schwierigkeiten

Vertrauliche Besprechungen — Verlängerung der Kommissionspause

Genf, 31. August.

Die Unterbrechung der Arbeiten der Unterkommission bewies, daß eine Lösung noch nicht gefunden ist. Die fünf Stunden der Zwischenzeit wurden eifrig benutzt zu vertraulichen Besprechungen zwischen den einzelnen Delegierten, und auch die deutschen Vertreter, Botschafter v. Hoesch und Ministerialdirektor Gaus, waren während der ganzen Pause zwischen den beiden Sitzungen voll beschäftigt. **Auch um ½7 Uhr abends hat die zweite Sitzung noch nicht begonnen, und es ist in diesem Augenblick zweifelhaft, ob man noch heute zu einem Schluß kommen wird.**

*

Genf, 31. August.

Der japanische Hauptdelegierte Viscount Ishii ist heute abend in Genf eingetroffen und im Hotel Métropole abgestiegen, in dem übrigens auch die deutsche Delegation, falls die bekannten Voraussetzungen erfüllt sind, wieder Quartier nehmen wird.

Paris, 31. August. (W. T. B.)

Zu den Genfer Arbeiten schreibt die radikale „Ere Nouvelle", Briand habe in Genf eine schwere Partie zu spielen. Er müsse von allen, die am 11. Mai 1924 eine Politik der Versöhnung in Europa an Stelle der Prestigepolitik zu setzen gewillt waren, unterstützt werden. Briand verlasse Paris, gestützt auf das einhellige Vertrauen des Ministerrates. Er habe im Namen einer Regierung zu sprechen, die, wenn sie auch eine Regierung der nationalen Einheit sei, doch ein lobenswertes Bemühen entfalte, eine Regierung der internationalen Einheit zu sein. Briand begebe sich zum Völkerbund, beseelt von dem Geist, den man jetzt in Europa den Geist von Locarno nenne.

Ueberflüssig. Wie berichtet wird, hält der Alldeutsche Verband am 4. und 5. September in Bayreuth eine Tagung ab, um zur außenpolitischen Lage Stellung zu nehmen. Wozu? Claß und die Seinen haben doch längst Stellung genommen: „Die ganze Richtung paßt uns nicht."

Pazifistische Kolonialpolitik

Die Erzieheraufgaben der Kolonialmächte

E. F. Genf, 31. August.

Die Aktualitätskommission des Weltfriedenskongresses nahm in ausgedehnten, sehr interessanten Beratungen zur Frage der Kolonialpolitik Stellung. Den Verhandlungen lagen zehn von Gerlach aufgestellten Thesen zu Grunde, die von der Kommission nach einigen nicht wesentlichen Aenderungen einstimmig angenommen wurde. Ferner wurde eine elfte These von dem Präsidenten der Esperanto-Internationale, Dr. Privat, angenommen, worin die ständige Teilnahme von eingeborenen Vertretern der Kolonialvertreter an der Mandatskommission des Völkerbundes gefordert wird.

Durch Annahme der Gerlachschen Vorschläge wird eine kolonialpolitik grundsätzlich gutgeheißen, die allerdings nicht von der Annahme höherwertiger oder minderwertiger Völker ausgeht, sondern nur höher und niedriger entwickelte Völker anerkennt unter dem doppeltem Gesichtspunkte, einmal der Zivilisation und des Staatsbewußtseins und dann unter dem anderen der rationellen Ausbeutung und Verwertung der Naturschätze. Der Zweck einer von solchen Voraussetzungen ausgehenden Kolonialpolitik muß es sein, **die vorher unausgenutzten Naturschätze des von dem kolonisierten Volke bewohnten Gebietes der gesamten Menschheit nutzbar zu machen, und das kolonisierte Volk zu dem Grade von Zivilisation und Staatsbewußtsein zu entwickeln, der ihm die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts ermöglicht.** Weiter wird gefordert, daß alle Völkerbundsstaaten, die auf Zuteilung von Kolonialmandaten Anspruch erheben, bei der Uebertragung dieser Mandate berücksichtigt werden. Es ist anzunehmen, daß diese von der Kongreßkommission einstimmig beschlossenen Grundsätze vom Plenum ebenfalls gutgeheißen werden.

Die Anschnung gegen den Gebärzwang. Die Reichskriminalstatistik des vergangenen Jahres, die, wie wir hören, im Reichsjustizministerium vor dem Abschluß steht, zeigt im allgemeinen eine Abnahme der Kriminalität auch bei den Eigentumsdelikten, die in den Inflationsjahren und auch 1924 das Hauptkontingent der behandelnden Fälle stellte. Die Kapitalverbrechen sind ebenfalls, wenn auch unbedeutend, zurückgegangen, wogegen die Uebertretungen des § 218 des Strafgesetzbuches (Abtreibung) eine Zunahme zeigen.